

Protokoll der mündlichen Prüfung am 20.02.2006

Fach: Öffentliches Recht
Prüfer: VPräsVG Dr. Kronisch
Vorsitzender: Prof. Dr. Winkler von Mohrenfels
Ort: Landgericht
Anz. Prüflinge: 3 (einmal ausreichend, zweimal voll befriedigend)

VPräsVG Dr. Kronisch ist ein sehr sympathischer Prüfer, der ruhig und freundlich auftrat. Er stellte zwei Fälle, wobei der erste erheblich ausführlicher geprüft wurde als der zweite. Zunächst erhielt die schwächste Kandidatin das Wort, um den Sachverhalt zusammenzufassen und in die Prüfung einzusteigen. Die schwierigeren Fragen blieben für die besseren Kandidatinnen, wurden aber auch immer wieder an die schwächere Kandidatin gerichtet, die durchaus auch solche Chancen wahrnahm.

Zu den Fällen:

1) Kommunalrecht

Die amtsfreie Gemeinde X im Kreis Y diskutiert über den Namen des Karl-Marx-Platzes vor dem Rathaus. Die Gemeindevertretung will den Namen behalten, in der Öffentlichkeit sind die Meinungen geteilt und der Landrat will eine Umbenennung in „Rathausplatz“ bewirken. Hierzu weist er die Gemeinde an, die Umbenennung vorzunehmen. Wie kann sich die Gemeinde dagegen wehren?

Zunächst wurde ein Widerspruch nach § 68 VwGO geprüft. Hierbei ließ der Prüfer die schwächste Kandidatin ausführlich die Theorien zur Bestimmung einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit darlegen. Danach stellte sich die Frage, ob die Anweisung des Landrats an die Gemeinde einen Verwaltungsakt darstellt. Dabei wurden die Themen eigener/übertragener Wirkungskreis (wo steht das? → §§ 2, 3 KV-MV) sowie Rechts-/Fachaufsicht angesprochen und sollten erläutert werden, was recht anspruchsvoll war. Vorliegend war der eigene Wirkungskreis betroffen, da das Recht, einem kommunalen Platz seinen Namen zu geben, vom Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde nach Art. 28 II GG umfasst ist. Demnach schränkt die Anweisung diese Rechte ein und stellt einen Verwaltungsakt mit Außenwirkung dar. Im Folgenden war noch auf die Fristen der VwGO einzugehen sowie auf die Vertretung der Gemeinde (Bürgermeister → Geschäfte der laufenden Verwaltung; Gemeindevertretung für sonstige Geschäfte wie auch die Platz-Benennung).

In der Begründetheit der Anfechtungsklage (Widerspruch wurde zwischenzeitlich als abgewiesen erklärt) war dann nur noch der Prüfungsmaßstab zu ermitteln, der hier in Art. 28 II GG, Art. 72 LVerf-MV, § 2 KV-MV lag. Ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde wurde bejaht, somit war die Klage begründet. Eine Kommunal-VB wurde als Rechtssatz-VB im vorliegenden Fall als unzulässig abgelehnt.

2) Baurecht

Ziemlich unter Zeitdruck wurde dann noch ein Mini-Fall aus dem Baurecht geprüft, in dem es um die Rücknahme einer Fiktivgenehmigung nach § 63 VII 2 LBauO-MV ging. Es waren die Voraussetzungen für die Rücknahme eines VA zu prüfen, insb. ob der VA rechtswidrig war. Hierzu war zu prüfen, ob Innen- oder Außenbereich gegeben war und ob Vertrauensschutz für noch nicht gebaute Vorhaben besteht, für die schon Verträge eingegangen wurden.